

**Kampagne:
Keine Streichungen im Bildungsetat – jetzt Verbesserungen einleiten**

Informationsbrief

27. April 2010

**Niedersachsen gibt wenig Geld für Schüler aus
Im Ländervergleich seit 1995 von vorne nach hinten gerutscht**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Niedersachsen zahlt für die Ausbildung seiner Schüler an allgemein bildenden Schulen weniger Geld als andere Bundesländer. Die Pro-Kopf-Ausgaben liegen für Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen 400 € unter dem Schnitt aller Bundesländer.

Inzwischen nimmt Niedersachsen den viertletzten Platz unter den 16 Bundesländern ein. Mit 5.000 € liegt Niedersachsen dicht bei den allerletzten Plätzen (Saarland, Schleswig-Holstein, NRW mit je 4.900 €). Thüringen dagegen gibt 6.900 € pro Kopf aus. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 5.400 €. Besonders groß ist der Abstand bei den Gymnasien. Hier liegt Niedersachsen 500 € unter dem Bundesdurchschnitt.

Noch 1995 rangierte Niedersachsen mit 4.500 € deutlich über dem damaligen Bundesdurchschnitt von 4.300 €. Doch während in anderen Bundesländern die Pro-Kopf-Ausgaben deutlich angehoben wurden, räumte die niedersächsische Landesregierung der Bildung nicht diese Priorität ein. Bundesweit wurden die Pro-Kopf-Ausgaben um 700 € angehoben, in Niedersachsen nur um 300 €. In anderen Ländern wurden die rückgängigen Schülerzahlen für Verbesserungen genutzt. So muss das auch in Niedersachsen sein.

Diese Daten hat das Statistische Bundesamt erhoben. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtete am 22. April darüber.

Wir wollen nicht noch weiter abrutschen!

Unsere Arbeitsbedingungen müssen besser und nicht noch schlechter werden.

Nun haben wir es schwarz auf weiß. Was wir fühlen, ist statistisch belegt. Die Pro-Kopf-Ausgaben sind ein sicherer Indikator für die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer sowie für die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler. Unsere Belastungen sind überdurchschnittlich hoch. Zu hoch.

Wenn die gesenkt werden sollen, müssen die Bildungsausgaben erhöht werden.

Wenn die Regierung bei ihren Haushaltsbeschlüssen Hand an den Kultusetat legt, wird unsere Belastung noch größer.

Eine Diskussion über Stellenstreichungen, wie Ministerpräsident Wulff sie angezettelt hat, ist eine Kampfansage an die Lehrerinnen und Lehrer der niedersächsischen Schulen, an das nicht lehrende Schulpersonal, an die Schülerinnen und Schüler. Die Haushaltsklausur des Landeskabinetts soll am 21. / 22. Juni über den Stellenplan entscheiden.

Die Regierung muss wissen, dass wir für unsere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Solidarisch, gewerkschaftlich, im Bündnis mit anderen Bildungsorganisationen, mit Eltern und Schülerinnen und Schülern.

Wir lassen die Regierung bei der Haushaltsklausur nicht allein.

Mit solidarischen Grüßen



Eberhard Brandt